

Das Border Monitoring Project Ukraine



Marc Speer

Seit 2008 beobachtet das von PRO ASYL geförderte »Border Monitoring Project Ukraine« (BMPU) die Situation von Flüchtlingen in der Ukraine bzw. an der Grenze zu den benachbarten EU-Staaten Ungarn und Slowakei. Das Hauptaugenmerk richtet sich hierbei auf Fälle von Refoulement (rechtswidrige Rückschiebungen ohne Prüfung des Asylantrages) aus den angrenzenden EU-Staaten in die Ukraine. Wie das BMPU in seinem kürzlich erschienen Bericht *Access to Protection Denied: Refoulement of Refugees and Minors on the Eastern Borders of the EU* dokumentiert, werden Asylanträge (selbst von Personen aus Bürgerkriegsregionen wie Somalia, Afghanistan und dem Irak) im Regelfall schlichtweg ignoriert. Dieses Vorgehen stellt nicht nur einen Verstoß gegen internationale Konventionen wie die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) dar, sondern zieht zumeist auch eine sechsmonatige Inhaftierung der Flüchtlinge in der Ukraine nach sich.

HAFTLAGER: EU-FINANZIERT

Zwar existiert in der Ukraine formal ein Asylsystem, welches allerdings als absolut dysfunktional bezeichnet werden muss, worauf neben dem BMPU auch Organisationen wie UNHCR, Amnesty International oder Human Rights Watch immer wieder hinweisen. So wurden Asylanträge nachgewiesenermaßen von August 2009 bis August 2010 zwar entgegengenommen, allerdings nicht weiter bearbeitet. Darüber hinaus existiert in der Ukraine keinerlei Form des subsidiären Schutzes und weite Teile des ukrainischen Asylsystems sind von Korruption durchzogen. Dem BMPU geht es allerdings nicht nur darum, die Zustände, denen Flüchtlinge in der Ukraine ausgesetzt sind, zu dokumentieren, sondern auch darum, die Rolle der EU beim Aufbau eines Migrationsregimes in der Ukraine zu beleuchten und kritisch zu hinterfragen. So plant die EU gegenwärtig, den Bau von drei weiteren geschlossenen Flüchtlingslagern zu finanzieren – eine Entwicklung, die das BMPU mit größter Sorge beobachtet.

Schon jetzt werden Flüchtlinge (darunter auch jene, die rechtswidrig aus der EU abgeschoben wurden) in zwei EU-finanzierten Lagern inhaftiert, wo ihnen elementare Rechte wie kostenfreie medizinische Behandlung, Zugang zu Rechtsanwälten, richterliche Entscheidungen bezüglich der Haft und andere Rechte verweigert werden. Nur auf den ersten Blick stellen diese beiden, Ende 2008 errichteten und in offiziellen Berichten euphemistisch als »accomodation centres« bezeichneten, Lager eine Verbesserung zur »ersten Generation« ukrainischer Lager dar, welche bereits um die Jahrtausendwende in der Ukraine etabliert wurden. Vielmehr scheint es vor allem darum zu gehen, den schönen Schein einer an humanitären Grundsätzen orientierten Europäischen Nachbarschaftspolitik¹ strahlen zu lassen. Dies geschieht einerseits durch Haftumstände, die bei oberflächlicher Betrachtung als »human« erscheinen mögen², andererseits durch die temporäre Etablierung potemkinscher Dörfer bei Besuchen von ukrainischen Offiziellen, EU-Delegationen oder auch Journalisten: So berichteten

1 Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik organisiert die EU seit 2004 ihre Beziehungen zu jenen angrenzenden Staaten, die über keine konkrete Beitrittsperspektive verfügen. Im Zeitraum von 2007 bis 2010 wurden für Projekte in der Ukraine insgesamt 494 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

2 Vor der Errichtung der beiden neuen Lager wurden die Flüchtlinge größtenteils im Lager »Pavshino« untergebracht. Mittlerweile geschlossen, waren dort von 2002 bis 2008 insgesamt über 10.000 Menschen unter katastrophalen Bedingungen inhaftiert.

uns beispielsweise mehrere ehemalige Inhaftierte unabhängig voneinander, dass ihnen bei offiziellen Besuchen gestattet wurde, Fuß- oder Basketball auf dem Hof zu spielen, dessen Betreten ihnen sonst so gut wie nie ermöglicht wurde. Außerdem verbesserte sich auch das Essen schlagartig, so gab es plötzlich Fisch, Gemüse und Reis anstatt des sonst üblichen Getreidebreis.

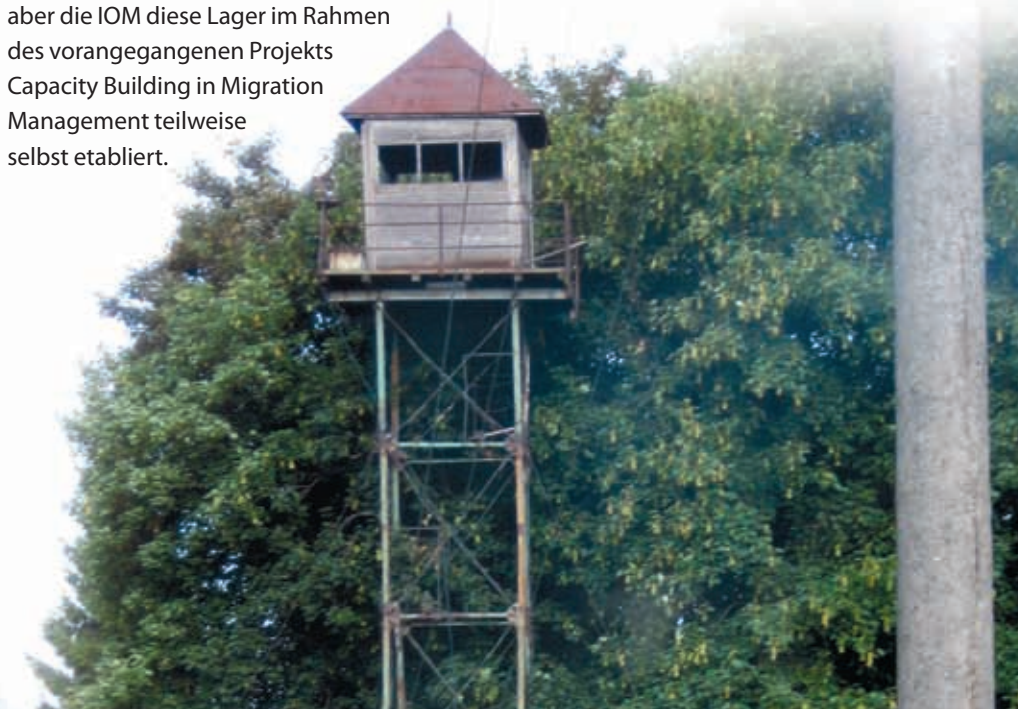
UNABHÄNGIGES MONITORING

An diesen Beispielen zeigt sich bereits, wie wichtig ein unabhängiges Monitoring ist, das sich methodisch weniger auf offizielle Berichte stützt, sondern vielmehr auf ausführliche, qualitative Interviews mit (ehemals) Betroffenen setzt und zwar unter Bedingungen, die für die Betroffenen freies Sprechen ermöglichen. Die an den persönlichen Erfahrungen der Menschen orientierte Recherche ist darüber hinaus auch bei der Dokumentation der Fälle von Refoulement von zentraler Bedeutung, da von offizieller Seite im Regelfall behauptet wird, die in der EU aufgegriffenen Flüchtlinge hätten dort keinen Asylantrag gestellt und fielen somit als »illegale Migranten« unter das Rückübernahmeabkommen mit der Ukraine. Folglich fehlt in der offiziellen Dokumentation der Aufgriffe an der Grenze nahezu immer der Hinweis auf gestellte Asylanträge, was in den Augen des BMPU weniger auf Verständigungsschwierigkeiten zurückzuführen ist, als vielmehr auf eine zumindest informell geduldete Strategie, um die Transitmigranten möglichst schnell wieder in die Ukraine zurückschieben zu können.³

Neben politischen Interventionen bietet das BMPU den Flüchtlingen in der Region Transkarpatien⁴ auch konkrete Hilfe an, was unter anderem auch kostenfreie medizinische Versorgung umfasst, welche durch eine lokale NGO durchgeführt wird. Zwar sind in der Region noch weitere NGO aktiv, ihnen wird von migrantischer Seite allerdings wenig Vertrauen entgegengebracht. Strukturell dürfte dies vor allem darin begründet sein, dass diese haupt-

sächlich im Rahmen von EU-Projekten der International Organization for Migration (IOM) finanziert werden. Ein anschauliches Beispiel dafür, wozu die Einbindung der Zivilgesellschaft in das so genannte Migrationsmanagement der IOM führt, liefert das so genannte »GUMIRA“-Projekt: Darin geht es um die »Situation in den Aufnahmeeinrichtungen für illegale Migranten« unter »Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen«, wie die Deutsche Botschaft in Kiew schreibt. Nun hat aber die IOM diese Lager im Rahmen des vorangegangenen Projekts Capacity Building in Migration Management teilweise selbst etabliert.

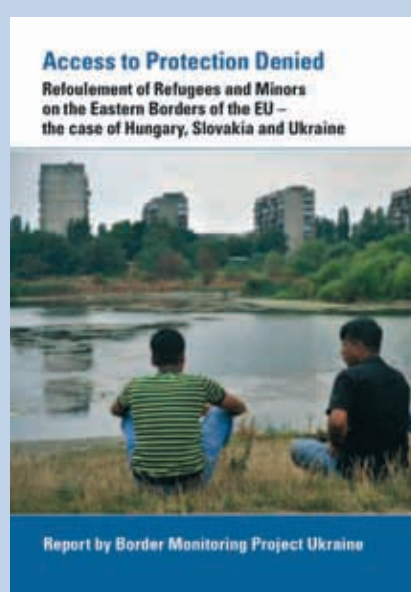
Dass die Veröffentlichung kritischer Berichte eingebundener NGO zu den Lagern im neuen Projekt sicherlich nicht im Interesse der IOM ist, liegt auf der Hand. Dies gilt auch für die Geldgeber (also die EU-Staaten), deren mittelfristiges Interesse darin liegt, die Ukraine als sicheren Drittstaat deklarieren zu können. Umso wichtiger erscheint es daher, auch in Zukunft ein konstantes, von EU-Geldern unabhängiges Monitoring in Osteuropa durchzuführen.



FLÜCHTLINGE IN DER UKRAINE

Verweigerter Flüchtlingsschutz – »Access to Protection denied«. So heißt der 2011 erschienene Bericht des »Border Monitoring Project Ukraine« (BMPU) des Bayerischen Flüchtlingsrats. Das Projekt wird von der STIFTUNG PRO ASYL gefördert. Der 48-seitige, englischsprachige Bericht dokumentiert das Zurückschieben von Flüchtlingen und Minderjährigen an der östlichen Außengrenze der EU, die Situation in der Ukraine und die Verantwortung der Europäischen Union. Er ist auf der Homepage von PRO ASYL abrufbar.

Mehr Informationen zum Projekt gibt es unter www.bordermonitoring-ukraine.eu.



³ Im Regelfall werden in der EU-Grenzregion aufgegriffene Flüchtlinge innerhalb von 24 Stunden in die Ukraine abgeschoben.

⁴ Transkarpatien stellt durch seine geographische Lage im westlichsten Teil der Ukraine einen Hotspot der Transmigration dar.